

Meine Herren Kollegen vom SGdL,  
grüße an die Verfahrensbeteiligten,

hiermit meine dienstliche Stellungnahme nach § 5 Abs. 3 Satz 2 SGO bzgl. den gegen mich  
vorgebrachten Befangenheitsantrag.

Ich sehe mich in diesem Verfahren als nicht befangen an und erkenne in den Grundlagen auch keine  
sachlich haltbare Argumentation.

Der Titel „Vorsitzender Richter“ hat nichts mit dem Verfahren zutun und der Berichterstatter ergab  
sich aus dem Verteilungsplan zum Berichterstatter bzw. hätte die Kammer selber bestimmen können.  
Klageschriften und sonstige Emails die an [anrufung@sgdl.piratenpartei.de](mailto:anrufung@sgdl.piratenpartei.de) gehen, bekommen alle an  
das Gericht gewählte Personen und nicht nur der Vorsitzende Richter. Die Schiedsgerichte sind keine  
1-Mann-Show. Es bleibt auch weiterhin die Aussage bestehen, dass auch postalische Anträge nicht als  
Scan an uns gingen, weil es das gleiche Problem betrifft. Eine Weiterleitung im RM ging in das  
falsche Projekt und damit schief, an dem Umstand wird sich auch nichts ändern und ist auch belegt  
worden.

Von daher kann schon nicht behauptet werden, dass nur eine Person die Klageschrift vom 13.05.2021  
nicht bekommen hat, sondern gleich das ganze SGdL nicht. Das könnte man schon als grenzwertig  
bezeichnen und im Bereich der üblen Nachrede einsortieren.

Was den Anruf des Bundesvorstandsmitglied beim Antragsteller angeht, kann ich nichts zu sagen. Ich  
weiß lediglich, dass es einen derartigen Anruf gab.

Ich als Einzelrichter treffe keine Beschlüsse im Alleingang, das macht man im entsprechenden Team,  
ich als bestimmter Berichterstatter bin allerdings der Bote. Von daher kann man hier bisher von  
keinem eigenmächtigen Handeln sprechen und die Unterstellung von Inkompetenz gegenüber meiner  
Person weise ich entschieden zurück. Ich unterstelle dem Antragsteller schließlich auch nichts und der  
Pietät wegen, werde ich hier jetzt auch keine Zitate wiedergeben, die man so über den Antragsteller als  
Person immer mal wieder aufschnappt. Eine solche Unterstellung des Antragstellers gehört meiner  
Meinung nach auch nicht in eine Begründung und geht schon in Richtung StGB.

Der Abs. 11 ist daher nichts weiter als Flüchtigkeitsfehler gewesen und nicht mehr, auch wenn der  
Antragsteller das gerne anders hätte. In meiner dreizehnjährigen Schöffentätigkeit habe ich es mehr als  
einmal erlebt, dass der oder die Vorsitzende beim Verkünden des Urteils kurz innehielt, weil auffiel,  
dass bei einem Paragraphen evtl. ein Buchstabe fehlte und schnell mit kurzer Absprache der Schöffen  
im Verhandlungsraum korrigiert wurde.

Ich sehe daher nicht, wo ich in Funktion als Richter am SGdL nicht meine Sorgfaltspflicht  
nachgekommen wäre oder schadhaft gehandelt hätte.

Von daher bitte ich das Gericht den Befangenheitsantrag abzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Melano Gärtner (BE)